



Friedhelm Hengsbach SJ

Transnationale Solidarität – in Europa ein Fremdwort?

Die Kanzlerin im Sog nationaler Debattenlage

März 2010

Die Bundeskanzlerin wurde wegen der Attacken, die sie vor der Europäischen Gipfelkonferenz gegen eine Griechenlandhilfe der Europäischen Union geäußert hatte, und wegen ihres hartnäckigen Auftretens in Brüssel von den Medien als „eiserne Lady“ und „eiserne Kanzlerin“ gefeiert, als „Frau Germania“ dagegen belächelt oder gar in den Schatten Wilhelms II. gerückt. Ist ein halbwegs authentisches Profil hinter den politischen Masken Angela Merkels erkennbar?

Wer den schwarz-gelben Koalitionsvertrag liest, entdeckt, dass das Wortfeld „Markt“ 114-mal und das Wortfeld „Wettbewerb“ 91-mal vorkommen, das Wort „Solidarität“ dagegen nur sechsmal. Die Bundeskanzlerin im Schlepptau des gelben Koalitionspartners?

Die Bildzeitung hatte der Bundeskanzlerin, die in der Pose Bismarcks gezeichnet war, auf dem Weg nach Brüssel zugerufen: „Nie wieder Zahlmeister Europas!“ Vorher hatten deutsche Medien und Wirtschaftsexperten eine ziemlich ausländerfeindliche, fast rassistische Debatte gegen Griechenland und das wochenlang währende „europäische Solidaritätstrommelfeuer“ losgetreten. Die Bundeskanzlerin im Sog des Populismus, einer medial aufgehetzten Stimme des Volkes?

Während der Gipfelkonferenz blieb der polemische Konflikt verdeckt. Ihre Hartnäckigkeit, einer Notfallhilfe nur unter Einschluss des IWF und als „ultima ratio“ zuzustimmen, begründete die deutsche Kanzlerin mit einer drohenden Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und einem wahrscheinlich negativen Urteil. Der deutschen Debattenlage sei anderes nicht zu vermitteln. Eine Bundeskanzlerin, die sich hinter einem haltlosen Vorwand verschanzt? Die ihre Macht gar von einem politischen Wechsel in NRW bedroht sieht?

Hat die Bundeskanzlerin vor und in Brüssel dem Wohl des deutschen Volkes gedient, wie es ihr Amtseid fordert? Dies erscheint aus sechs Gründen zweifelhaft.

Erstens lenkt die Zuspitzung der wachsenden regionalen Ungleichgewichte innerhalb der EU auf eines der hoch auslandsverschuldeten Länder von den symmetrischen Ursachen dieser Schieflage ab. Zwei Drittel des deutschen Außenhandels gehen in die europäischen Länder, die Hälfte in die Eurozone. Deutschland profitiert am meisten von dem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum.

Zweitens erzeugt die krankhafte Industrie- und Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft seit Jahrzehnten einen strukturellen Export- und Leistungsbilanzüberschuss, der korrespondierend in anderen Ländern Leistungsbilanzdefizite auslöst. Diese Schieflage von Gläubigern und Schuldnern wird noch dadurch forciert, dass die politische Klasse in Deutschland auf eine moderate Lohnentwicklung drängt und so die Binnennachfrage deckelt. Auf den Gipfelkonferenzen der G 20 wird der Abbau solcher Ungleichgewichte angestrebt. Dies kann global durch eine Neujustierung der Wechselkurse gelingen. Im europäischen Währungsraum ist dieser Weg versperrt. Folglich treten an dessen Stelle die Angleichung der Wirtschaftspolitiken und ein interregionaler Finanztransfer. Denn was in einer föderalen Bundesrepublik selbstverständlich ist, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, kann man auf europäischer Ebene nicht ohne inneren Widerspruch verweigern. Allerdings müsste dazu ein Europäischer Währungs- und Entwicklungsfonds errichtet werden, in den vorwiegend die Überschussländer einzahlen.

Drittens hätte das Ausscheiden eines oder mehrerer Länder aus dem Währungsverbund, in den sie einmal einstimmig aufgenommen wurden, sehr riskante Folgen sowohl für diese Länder als auch für den Währungsraum selbst. Welcher Ankerwährung sollten sich solche Länder anschließen? Der Währungsspekulation wären Tür und Tor geöffnet.

Viertens verheddert sich die schwarz-gelbe Koalition in hektische Interventionen, um aktuell flackernde Brandherde zu löschen. Sie verpasst das Zeitfenster einer Offensive zur realwirtschaftlichen Belebung, indem sie die Wertschöpfung erhöht und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schafft, sowie einer europäischen Finanzarchitektur, die über die nächste Woche hinaus trägt.

Fünftens sind die Verfassungsbedenken eine billige Ausrede. Denn die in Brüssel getroffene Regelung ist nur bei kreativer Auslegung verfassungskonform. Die Stabilitätsregeln der EU-Verträge sind durch die Finanzkrise mehr oder weniger Makulatur geworden. Sie können und sollten geändert werden. Auch die deutsche Verfassung lässt sich nicht als unüberwindliche Schranke einer Entscheidung des Gesetzgebers zugunsten europäischer Solidarität herbeireden.

Sechstens fehlt der Einschaltung des IWF zur Lösung regionaler Ungleichgewichte eine langfristige europäische und globale Perspektive. Die unilaterale Episode der Dominanz des US-\$ und der USA, deren Bestandteil der IWF noch ist, wird tendenziell durch ein multipolares Währungsregime abgelöst, wie es China und andere aufsteigende Länder befürworten. Eine Mehrzahl von Währungsräumen und

Ankerwährungen tritt an die Stelle einer globalen US-Dollarzone. Regionale Währungs- und Entwicklungsfonds sichern deren innere Stabilität.

Für die Deutschen und ihre Kanzlerin sind transnationale Solidarität, nicht jedoch nationale Konkurrenz und Konfrontation angesagt.